

SOZIALDEMOKRATISCHE ZEITUNG FÜR HALLE



Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle . . . Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. Erschließung: Gr. Württemberg 6. Fernsprechnummer Nr. 2405, 2467, 2605. Persönliche Anstufungen mittags von 13 bis 14 Uhr. — Innerhalb eingehenden Manuskripten ist stets das Adressporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1.80 und 0.30 RM. Subskriptionsgebühr, einschließlich 2.10 RM., für Abholer wöchentlich 0.45 RM., Vorbezugspreis 2.10 RM., durch Postboten ausgehelt 2.50 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2.40 RM. — Anzeigenpreis 13 Pfg. im Anzeigen- und 80 Pfg. im Beilagenpreis der Württemberg. Hauptvertriebsstelle: Gr. Württemberg 6. Fernruf 2405, 2467, 2605. Postfachkonto 20319 Erfurt.

Die bürgerlichen Parteiführer bei dem Präsidenten der Republik

Die „feinen Leute“ rufen nach Knecht Hitler

Der Führer der Nazis kühnhandelt um die „Macht“ / Er fordert nicht mehr alles für sich / Nazi-Angst vor neuem 13. August / Hitler erfüllt nichts / Übermalts Millionen Nazi-Nachläufer betrogen

Fünfund ist in diesem Jahre das Volk zur Wahl-
ung gegangen und jedesmal wurde ihm von Kleinen-
leuten und von allen Pfaffenleuten zugerufen:
„Mia Macht an Hitler — Gebt Hitler die Macht!“
Als Gegenrede wurde den Wählern das Paradies des
„Dritten Reiches“ versprochen. Am 31. Juli waren
bereits mehr als ein Drittel des Volkes bereit, dem
Rattenfänger von Braunau zu folgen.

Am 13. August wurde ihm im Reichspräsidenten-
palais ein Teil der Macht angeboten. Höflich
lehnte er ab und dazu in einer Art, daß er sehr
unankund und schneller die Treppe herunter war, als
hinzu. Die Schlichter nach Macht und Minister-
posten war jedoch so hart, daß bereits am nächsten
Tage die Hitler, Göring und Strömer den Auf-
handelt mit der „Schwarzen Pest“ begannen. Was
gestern verdammt wurde heute angeboten, was
gestern noch „Vaterlandsverräter“, „Schwarze
Separatisten“ und „rauhbrüchige Feinde des
Vaterlandes“ gewesen, waren heute bereits „nationale
Männer“, mit denen als Kameraden und Mitarbeiter
ausgeteilt werden sollten. Hitler und seine 50.
hatten den „Kampf gegen die Braune und jungen
Leute“ begonnen, gegen die Reaktion und den
Herrenklub. So weit ging der Hoch, daß über das
Zentrum ein Bündnisangebot an die Sozialdemo-
kratie ergaben sollte, zum Sturz des Reichs-
präsidenten von Hindenburg.

Als Hitler Hindenburg beschimpfte

Rechter Hand, linker Hand — es war alles ver-
faßelt. Aus den Anhängern der Diktatur waren über
Nacht glühende Verteidiger der Demokratie und der
Weimarer Verfassung geworden. Der Reichsprä-
sident Göring weigerte sich gar, einem deut-
sch-nationalen Antrag zu entsprechen, der die alte
schwarz-rot-goldene Fahne aus der Wandhalle
des Reichstags entfernen wollte. Es begann der
Wahlkampf zum 6. November und Hitler hatte in
seiner ersten Rede die unglückseligen „Führer-
und Leitfähigen, zu sprechen über die 65 Jahre Hin-
denburgs und zu prüfen mit der eigenen Jugend, die
den Preis um den Präsidentenstuhl lange über-
leben werde. „Alter Mann — hinweg“ — das war
jetzt wie im Präsidentenwahlkampf die Parole der
Braunen Häuser. „Alle Macht an Hitler!“

Am Abend des 6. November hatte Hitler wieder-
um nicht die Macht. Vom 31. Juli bis 6. November
hätten sich zwei Millionen Wähler voll Etel ob des
Aufhandels mit dem Zentrum und ob des Verfalls
aller früheren Grundidee von den Nazis ab-
gewandt. Alle bisherigen Nazimehrheiten in den
Einzelstaaten waren verloren. Nach Tage später, bei
den nächsten Gemeindevahlen, zeigte sich bereits
ein Grundriß. Die Verluste der Nazis gingen
stellenweise bis zu 70 Proz.

Nach dem Zwei-Millionen-Verlust

Es war kaum eine Woche seit diesem Meckel
gegangen, als Hitler mit seinen Mannen im Zug-
zug von München nach Berlin eilte. Tags darauf
stieg er dieselben Treppen hinauf, die er am
13. August hinuntergestiegen worden war, stand er
klein und um Verzehrung bittend „ohne Zeugen“
vor demselben „alten Mann“, den er kurze Zeit
zuvor beschimpft und den er sogar mit Hilfe der
Macht zu führen wollte.

Diesmal hat der Oberst nicht die Macht ge-
fordert, diesmal hat er nur seine Wünsche ge-
beten und seine Meinung dargelegt, weil er sich
den Aufhandelt um die Ministerposten denkt und
wie das von ihm und seinen Mannen zu verachtete
„System“ gehandhabt werden soll, damit seine
Regierung gebildet werden kann. Es war höchste
Eile für die Herren des Dritten Reiches ins Ge-
schick einzuflechten. Noch ist der Anführer nicht
verpöht. Noch sind es Millionen Nazimänner in die
Wahlzelle zu werfen und einzubringen gegen tolle

Ministerposten und Pensionen. Der zweite
Käufersausverkauf in den Braunen
Häusern kann beginnen.

„Nationaler“ Sozialismus geht flöten

Wenn am Tage nach dem 13. August die Zug-
blätter, Flugblätter, Redeanleitungen und Pro-
gramme gegen das Zentrum eingestampft worden
sind, diesmal wird der Abbecker im Braunen Haus
zu München eine hundertmal größere Manufaktur-
frucht zur Erde bringen. Als sich „die Reiter“ mit
Bräutigam und dem Zentrum zum Aufstand nieder-
ließen, sah tagtäglich „der wiedererstandene Kaiser“
zum Spornstein hinaus. Diesmal geht „der W-

gelandete Gottes“, geht „der große Volksbefreier“,
der heutige Sozialist und Führer“ flöten. Der
Kampf gegen die Barone, gegen den Herrenklub
und die „feinen Leute“ ist zu Ende. Es sind diese
feinen Leute, die ihren Hitler gerufen haben, und
wie fein manierlich haben er und seine Mannen
sich benommen. Diesmal hat er sogar dem Reichs-
präsidenten das Gesicht des Stabschef Röhm er-
scheint. Die revolutionäre Garderobe und die un-
füßlichen Schlagworte blieben im Braunen
Haus liegen. Reif für die gute Saite und für die
Kammer liess die Vertreter des deutschen Volkes und
der Reichsleitung ankommen. Herr Göring, der
unmäßige Reichspräsident, ließ sich symbo-
lischer Weise gleich von Mussolini im Flugzeug

nehmen, nachdem er zuvor dem Duce zur zehn-
jährigen Unterjochung der Südtiroler eine ganze
Ehrenkompanie von Hakenkreuzträgern an den
Fuß des Schandentmals von Dogen gestellt hatte.

Von Scharfmachern gerufen

Gerufen von den deutschen Scharfmachern und
Schwerindustrieellen, von der „Reinlich-Weit-
fälligen“ und der „Deutschen Allgemeinen“ und
der „Berliner Börsen-Zeitung“ sind sie angekom-
men. Angefordert von allen Feinden der deut-
schen Arbeiterklasse und des Marxismus und der
gelamten Reaktion hat es nur eines Mißes be-
durf, um alle Grundidee zu verlegen und sich
in die Arbeit zu führen, zum Wohle des Groß-
kapitals und aller Ausbeuter. An der Not und
dem Elend des Mittelstandes, der Kleinbauern,
der Arbeitslosen und Verzeimelten haben sich die
Herren der Braunen Häuser die und fett ge-
schäft, haben sie allen Schänden des Volkes die
Kettung und das Paradies versprochen. Jetzt, da
der Betrug offenkundig und die alleinige Macht
nicht mehr zu erreichen ist, zeigt der Judea sein
wahres Gesicht. Die Hitler, Fried, Strömer und
Göring bieten sich den Krupp und Thyssen, den
Krauß und Bantragnaten und allen feinen Leuten
als Retter gegen den Marxismus und Bol-
shevismus an. Gestern noch in Berlin Arm in
Arm mit Thälmann beim Verkefretreit zwecks
Stimmenfang, fordern sie heute schon das Verbot
der kommunistischen Partei. Was Herrn von
Papen gegen die Sozialdemokratie und das Volk
nicht gelungen ist, die Braunen Häuser, gerint
mit dem Bürgerklub, wollen es vollbringen. Da
es ihnen durch die Kraft der Arbeiterklasse nicht
vergnügt war, allein die Aunke über die Müß-
seligen und Beidenen zu schwingen, gehen sie
reumütig zu ihrer Aufgabe zurück, die ihnen von
Anbeginn von dem Kapital und den Kapitalisten
gestellt war und wofür sie bezahlt und ausgehalten
worden sind: Kettenhunde zu sein gegen die arbei-
tenden Klassen, gegen alles, was unter dem kapita-
listischen System und der furchtbaren Arde
leucht und leidet. Beschützer und Nachwächser für
die Reichen, für die Unternehmern, Großagrarien,
Monarchisten und alle Finsterringe, das ist es, wo-
zu sie bestimmt waren draußen auf der Straße
und jetzt drinnen in den Regierungen. Dazu sind
jetzt in Berlin beim Aufstand.

Das heilige Reich des Herrn von Papen ist zu
Ende, er es begonnen. Zu Ende ist aber auch das
Dritte Reich. Die Masten sind gefallen.

Zwischen Sonntag und Montag

Hoover fordert Kriegsschuldzahlung / Dynamitanschlag auf Herriots Zug!

Nach den Sonntagsummeldungen aus
Amerika erwartet Hoover unbeding-
t, daß die europäischen Staaten am 15. De-
zember die fällige Rate ihrer Kriegs-
schulden bezahlen: Er lehnt jedes
Moratorium ab. Die Regelung der Kriegs-
schuldentfrage soll rasche und seiner
neuen Regierung überlassen bleiben.
Amerika ist aus die Demokratie
angeklagt, es sei selbst gezwungen ist, seinen
Zweckschuß nicht bis nächstes Jahre um
700 Millionen Dollar zu kürzen.

denz mit etwa einständiger Verpätung in
Kantles ein.

An der Röhre von Syd landete ein litau-
isches Militärflugzeug auf deutschem
Boden. Das Flugzeug wurde sichergestellt und die
Offiziere sind in Gewahrsam genommen. Die
Litauer geben an, daß sie sich verlorren hätten
und infolge Benzinmangels notlanden mußten.

Die Gefallenenehrung des Berliner
Reichsbanners vor dem Ehrenmal unter den
Kinden nahm einen eindrucksvollen Verlauf. Es
hätte sich eine große Menschenmenge angefannt,
die der Ehrung beiwohnte. Das Reichsbanner
legte am Ehrenmal einen Kranz mit schwarzrot-
goldener Schleife nieder. Die Anschrift lautete:
„Den Opfern für Volk und Heimat.“

Die Aktionäre Bankräuber, die An-
fang April d. J. 8.000 Mark erbeulerten, wurden
am Sonnabend zu schweren Zuchthaus-
strafen verurteilt. Die Räuber hätten betannt-
lich unter Anwendung von Schußwaffen die Bank-
beamten zur Herausgabe des Geldes gezwungen.

Am Sonntagmorgen wurde auf den Zug
Herriots, mit dem er nach Kantles reisen
wollte, ein schwerer Dynamitanschlag
verübt. Die Karte Detonate, die etwa 40 Kilometer
vor Kantles unter die Bahnstrecke gelegt worden
war, explodierte unter heftigen Detonationen eine
Stunde vor Anknst des Zuges an dieser Stelle.
Der Bahnkörper wurde verurteilt. Die Explosion
sollte beim Passieren des Zuges erfolgen. Von den
Leuten fehlt jede Spur. Da Herriots Zug recht-
zeitig denachrichtigt werden konnte, wurde jedes
Unglück vermieden. Der französische Ministerprä-

Der dänische Wahlsieg

Ein Erfolg sozialistischer Politik

Die dänische Sozialdemokratie hat bei der letzten
Freiheitswahl einen großen Erfolg errungen.
Die Partei, deren Vorjahren die Regierung Dänemarks
leitete, hat 70 000 Stimmen gewonnen, und
wenn sich das auch nur in einem geringen
Zuwachs ihrer Mandate auspricht — weil die
Wahlbezirke des Parlaments von vornerein
feststeht —, so ist dadurch trotz einem Verlust der
mirkgebendsten parlamentarischen Sozialdemokratischen
Partei die Regierungsmehrheit erheblich gestärkt,
so daß Sozialdemokratie und Radikale aus weiter
die Befehle des Landes bestimmen werden. Diese
dänischen Radikalen sind nicht nur äußerlich
Koalitionspartner der Sozialdemokratie, sondern
arbeiten aus freudig an ihrer Politik mit. Zu-
sammen mit der Sozialdemokratie haben

sie trotz aller Anfeindung die Arbeitlosenver-
sicherung ungefügt aufrechterhalten

haben. Das dänische System der Arbeitlosenver-
sicherung ist etwas anders als das deutsche; die
Beiträge werden zu einem Viertel von den Ar-
beitern, zur Hälfte vom Staat und zum letzten
Viertel von den Gemeinden aufgebracht. Die
Unternehmer haben einen direkten Versicherungs-
beitrag nicht zu leisten, doch sind die direkten
Steuern für größere Einkommen und Ver-
mögen hoch, während indirekte Steuern in weit
geringerem Maße erhoben werden als bei uns.
Durch die kommunalen und sonstigen Hilfsstellen
ist dafür gesorgt, daß der Arbeitslose auch nach
Beendigung der Versicherungsdauer nicht ohne
Unterstützung bleibt, die selbst im geringsten
Ausmaß für Beheratete mit zwei Kindern 24 bis
25 Kronen wöchentlich beträgt. Zu den pro-
grammatischen Forderungen der Sozialdemokratie
gehört aber eine Verbesserung dieser Ar-
beitlosenversicherung. Auch die übrige Sozialver-
sicherung wurde uneingeschränkt aufrecht erhalten.

Fünf Millionen Schaden

Wie nunmehr festgestellt wurde, beträgt der
durch die Manipulationen des Düsseldorf-
Bankiers Schäfer der dortigen DV-Bank zu-
fügte Schaden 5 Millionen Mark.

Hunderttausend-Mark-Gewinn

Auf das Los Nr. 11 830 der Preußisch-Süd-
deutschen Klassenlotterie, das in beiden Abteilun-
gen in halben Losen gespielt wird, entfiel ein Ge-
winn von 100 000 Mark.

Flugreport

Die 20jährige Fliegerin Amy Johnson-Mollison
hat die Flugstrecke London-Kapstadt in der Ver-
fordzeit von 4 Tagen, 6 Stunden und 53 Minuten
bestanden.

Gefunken

Auf der Reede von Louson land ein französi-
sches Marinewerflugzeug, 3 Offiziere ertranten.

Die Verhandlungen um die „nationale Konzentration“ gehen weiter Ruhhandel nicht abgeschlossen

Hitlers Vortrag

„Rettung vor Bolschewismus“

Der Reichspräsident hat den Empfang von Parteiführern zum Zwecke der Reibung von Reichsregierung vorläufig abgeschlossen. Am Sonnabend wurde außer Hitler der Staatsrat Schäfer-München empfangen.

Die Unterredung Hindenburg-Hitler begann mit „Erläuterungen“ Hitlers zu den Vorgesängen am 13. August. Dieser Teil der Unterredung ging auf Wunsch des Oberjagst unter vier Augen vor sich. Hitler legte aus, dass er am 13. August in einem Gespräch mit Herrn von Papen zwar das Amt des Reichsministers, aber keineswegs die Macht für sich allein geübt habe. Den weiteren Besprechungen mochte Staatsrat Schäfer bei. Sie wurden in erster Linie durch Erläuterungen Hitlers über die „politischen Notwendigkeiten der Gegenwart“, wie er sie sieht, ausgefüllt. Er soll zu bemerken versucht haben, daß Deutschland vom Bolschewismus bedroht und die NSDAP die einzige Rettung liege. Er hat, wie es weiter heißt, u. a. ein

Verbot der SPD. und für seine Partei die Führung in der Regierung gefordert.

Seinen persönlichen Anspruch auf das Amt des Reichsministers hat er, wie zuverlässig verlautet, gegenüber Hindenburg diesmal nicht wiederholt. Nazis behaupten, daß der Reichspräsident Hitler heute nicht mehr als absehend gegenüberstehe wie noch vor mehreren Wochen; doch wollen sie angeblich Fried als Reichsminister vorziehen.

Einem Bündnis Hindenburgs entsprechend werden nun die Partner und Anhängel der im Entstehen begriffenen schwarz-braunen Koalition, vor allem Zentrum und Nazis, untereinander die Möglichkeiten zur

Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit für ein neues „Präsidialkabinett“

prüfen. Die erste Besprechung Zentrum-Nazis wird am heutigen Sonntag geführt. Vom Zentrum verhandeln Soos und Stegerwald, und von den Nazis Hitler, Fried und Göring.

Werden Zentrum und Nazis einig, so werden vor allem die Christlich-Sozialen befragt werden, ob sie sich zu einer Mehrheitsbildung zur Verfügung stellen. Die gleiche Frage will man auch an die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei richten. Man hofft, Mitte der Woche dem Reichspräsidenten Vorschläge sachlicher und personeller Art unterbreiten zu können.

Zu den Koalitionsverhandlungen schreitet der „Vorwärts“ am Sonntag:

Es wäre müßig zu prophesieren, was aus den Verhandlungen herauskommen wird. Eine Bürgerblockregierung mit stark nationalsozialistischem Einschlag bedeutet Putschgefahr, da die Nazis kaum den Versuch unterlassen werden, die Partner hinauszuwerfen und allein zu regieren. Scheitern die Verhandlungen, so muß damit gerechnet werden, daß sich die Macht der Bürokratie und der Ministerialbürokratie noch weiter verhärtet und mit ihr die feudale Reaktion.

Zu den Bedingungen, die Hitler für seine Beteiligung an der Regierung gestellt hat, gehört, wie zuverlässig berichtet wird, das Verbot der Kommunistischen Partei. Daß das Zentrum diese rein falschliche und mit der Verfassung unvereinbare Bedingung annehmen wird, kann man kaum glauben. Es wäre der schlechteste Anfang, denn wenn die schäbige Ebene von Faschismus einmal bestritten ist, gibt es kein Halten mehr. Andererseits wissen die Führer der Nationalsozialisten genau, daß sie sich vor dem Volke nicht mehr zeigen dürfen, wenn sie erst einmal Minister gewesen sind. Sie werden darum Sicherheit dafür verlangen, daß sie sich auch gegen das Volk in der Macht behaupten können.

Gehen also die Aussichten für den neuen Ruhhandel oder Brückenschlag wenig günstig, so wagt man sich zu trübe Aussicht auf eine neue Baronsregierung. Aber wird sie sich länger im Limbo halten können als ihre Vorgängerin? Werden es hat dann den verdrückten parlamentarischen System, weil es eine vernünftige Parlementsarbeit hätte, dreizehn Jahre lang fast keine Regierungstriften gekannt. Es herrschte Ordnung. Seit die „autoritäre“ Regierung dort einbrach, weiß dort niemand mehr, wer Recht und wer Koller ist. Und auch jetzt noch, nachdem das Papen-Rabinnett

dem Unmut des Volkes weichen mußte, wird mit reaktionären Schifanen weiterregiert, als ob überhaupt nichts passiert wäre.

Man müßte im Hause des Reichspräsidenten aus den letzten fünf Monaten wenigstens das eine gelernt haben, daß sogenannte Präsidialregierungen keine starken Fortschritte machen können, wenn die Bescheideneheit und Vorsicht besser anstehet als die herausfordernde Herrenreiterei. Das Volk würde sich eine Fortsetzung des Papen-Kurses mit oder ohne Papen auch nicht lange gefallen lassen.

Gleichwohl, was aus Händen und Handeln der Wehrmacht herauskommt, für die Sozialdemokratie ist und bleibt die Opposition die gegebene Stellung. Die Periode ihrer verantwortlichen Teilnahme an der Staatsmacht ist ab-

Arbeiterinnenschutz!

Die Preußenkommission wollen ihn abbauen
Die sozialdemokratische Fraktion hat im Preußischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„In der preußischen Gewerbeaufsicht ist beschliffen, mit dem 1. Dezember 1932 im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit die Unterabteilung für den Schutz der Arbeiterinnen, weiblichen Angestellten, Kinder und Heimarbeiterinnen aufzulösen. Mit dieser völlig unvernünftigen und durch nichts gerechtfertigten Maßnahme werden die Schutzmaßnahmen am meisten ausgeprägten Personenteile des so dringend notwendigen Schutzes im Arbeitsbereich beseitigt. Dieser Umstand muß sich besonders unheilvoll auswirken, da es sich um die wirtschaftlich und körperlich und gesundheitlich schwächsten Kreise handelt, die jettstehend in den Berufsbedingungen und gesundheitlichen Gefahren viel leichter unterliegen als andere, also eines besonderen Schutzes ganz besonders bedürfen.“

Wie beantragt: Der Landtag wolle beschließen, daß im Interesse des Schutzes der Arbeiterinnen, weiblichen Angestellten, Jugendlichen, Kinder und Heimarbeiterinnen die für den Schutz dieser Personenteile bestehende Unterabteilung in der preußischen Gewerbeaufsicht auch nach dem 1. Dezember 1932 bestehen bleibt.“

Nazis provozieren

Schwere Schlägerei in Altona

Eigener Bericht

9. August, 19. November.

In der Nacht zum Sonnabend kam es im Altonaer Alstriedegebiet vor einem SA-Colat in der Schauenburger Straße zu einer SA-Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in deren Verlauf auf beiden Seiten Schüsse fielen. Ein Nazi in der Nähe des Tumults befindlicher 17jähriger Schüler wurde von einer herumschwebenden Bombe in das Herz getroffen, so daß er tot zusammenbrach. Von Passanten wird behauptet, daß es dem SA-Colat heraus geschossen worden

geschossen. Niemand vermag zu sagen, unter welchen Umständen sich später einmal ihre Rückkehr zu ihr vollziehen wird. Aber je mehr die Knospe wächst, desto stärker wird im Volke der Wunsch nach Freiheit erwachen. Je deutlicher der Bankrott aller reaktionären Experimente wird, desto lauter wird sich der Schrei nach Demokratie erheben. Je furchtbarer die Krise werden, desto rascher wird sich die Erkenntnis verbreiten, daß es keine Rettung gibt als durch den Sozialismus.

Eine sozialistische Partei, die für gleiches Recht und Freiheit aller Staatsbürger kämpft, ist heute in Deutschland nur als Oppositionspartei möglich. Je klarer sich die Sozialdemokratie dessen bewußt wird und je folgerichtiger sie danach handelt, desto gewisser ist ihr Aufstieg zu neuer Macht!

wäre, jedoch gelang es der Mordkommission noch nicht, die Frage der Täterhaft einwandfrei zu klären.

Vor dem gleichen nationalsozialistischen Colat, des immer im Mittelpunkt der politischen Intrigen in der Altonaer Alstriede steht, kam es auch am Tage vorher zu einer Auseinandersetzung zwischen SA-Corier und Kommunisten. Die Polizei, die darauf eine Untersuchung des Colats vornahm, fand einen geladenen Revolver, Pistole, eine Handtasche mit einem Meter lange Eisenrohr, Zigarren, Schreckschusspatronen und Schokolade. Beim Verhöre wurde auf die Polizei aus dem Hause heraus ein Porzellankopf geworfen. Ein Polizeibeamter wurde am Kopf schwer verletzt.

SA bricht ein

In die Kasse der Nazi-Geschäftsfelle

Eigener Bericht

12. 10. November.

Zu drei Monaten Gefängnis ist der Abgeordnete SA-Mann Heinz Pohlmann verurteilt worden, weil er in die nationalsozialistische Geschäftsfelle eingeschoben ist. Der Täter bezog das Fenster an und hatte mit Hilfe eines Nachschlüssels die Geldkassette der Partei erbeutet. Von dem Diebstahl ist heute dieser „Genosse“ einem anderen, schon mehrfach vorbestraften SA-Mann einige Mark, doch mußte der also Beschuldigte wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

Die Streike

Die Barone auf Wilhelms Spuren

Nach einem Staatsbesuch in Dresden fuhr der geschäftsführende Reichstanzler von Papen nach Halle zur Jagd. Mit ihm lagten Ostler Prinz von Preußen, Graf von Hohenhausen, Freiherr von Bergen, Freiherr von Mandt, Herr von Hellberg, Herr von Krohne, Herr von Strosch. Die hohe Jagdgesellschaft kostete 238 Fasanen, 33 Hagen, 62 Kanariel und eine Ente...

Neurath in Genf

Offizielles Thema: Mandschurei — Inoffizielles: Abrüstung

Der Reichsaußenminister von Neurath ist Sonnabend abend nach Genf abgereist. Zuvor hat ihn der Reichspräsident zu einer längeren Unterredung empfangen. Daraus darf man wohl schließen, daß die Annahmen Neuraths in Genf nicht lediglich das offizielle Thema der am Montag beginnenden Wehrverhandlungen sind. Die Zusammenkunft der deutschen Delegation soll zwar den Charakter erlangen, als ob Herr von Neurath nur wegen der Behandlung des Ostion-Berichts über den Konflikt in der Mandschurei nach Genf reise.

Ubrigens würde der Leiter des deutschen Auswärtigen Amtes durchaus richtig handeln, wenn er sich auch dann nach Genf persönlich bemühte, wenn lediglich der Streit zwischen Japan und China zur Debatte stünde. Denn die Beilegung dieses Konflikts ist eine

Schlüsselfrage nicht nur des Völkerverbundes, sondern der ganzen Welt.

Und jede Großmacht trägt eine ungeheure Verantwortung für die Verhinderung eines neuen Weltkrieges, der kaum zu vermeiden wäre, wenn es nicht endlich gelänge, die Annahme und Durchführung des Ostion-Berichts in seinen wesentlichen Punkten zu erzwingen. Das wird keine leichte Aufgabe sein, denn Japans Widerstände

gegen die Vorschläge der Völkerverbunds-Kommission sind in der Zwischenzeit gewachsen und die erpresserischen Drohungen mit dem Austritt aus dem Völkerverbund sind nicht verstummt.

Ubrigens sind auch die Chinesen mit wichtigen Bestimmungen des Ostion-Berichts durchaus nicht einverstanden, die sie als unverständliche Zugeständnisse an den imperialistischen Weltanschauung Japans betrachten, so daß es der Autorität des gesamten Völkerverbundes bedarf, um eine friedliche und gerechte Lösung durchzusetzen.

Und dennoch dürfte sich das Interesse der Öffentlichkeit in den nächsten Tagen vielleicht noch mehr auf die inoffiziellen Verhandlungen, die Herr von Neurath in Genf führen wird, als um die Debatten des Rates über die Mandschurei konzentrieren. Der deutsche Außenminister wird nämlich mit Sir John Simon, dem Amerikaner Norman Davis, mit Arthur Henderson und wahrscheinlich auch mit Herriot die Frage der

Rückkehr Deutschlands in die Völkerverbunds-Konferenz

besprechen. Wohl nur deshalb ist er gestern nachmittag vor seiner Abreise vom Reichspräsidenten empfangen worden.

Am die Ernte ist's geschehen

Am Totensonntag: Mahnung der Kriegsveteranen gegen den Krieg

Der Reichsbund der Kriegsveteranen feiert am Totensonntag im Volkshaus des Reichstags eine Mahnung der Kriegsveteranen. Die Feier gab dem Willen der Gattinnen der Gefallenen, die in diesem Land verunglückt sind, besten Ausdruck. Der Vorsitzende des Bundes hielt folgende Rede:

Grüßwort des Redner:

Einmal im Jahre, am Totensonntag, sollen wir uns finden, um der Toten zu gedenken, jeder einzelne und die Gesamtheit. Ein Besinnen über unser Schicksal, das früh oder spät hinführt in die Unendlichkeit. In diesem Besinnen gehen unsere Gedanken zu den unüberlebenden Kameraden des Krieges. Gedenken an die Opfer, die wir ohne Namen in fremder Erde und ohne Namen in fernsten Ländern der Welt blühten aller Waffengänge.

Bereits heute ist es her, daß das große Kriegsveteranen ein Ende nahm. War für alle, die draußen blühten, ihr Opfer ein natürliches Bestimmung? Zwei Millionen deutscher Kameraden kehren nicht wieder heim. Zehn Millionen Kriegstote sind es, die insgesamt auf den Schlachtfeldern liegen. Sie alle wollten leben, um die natürliche Bestimmung ihres Lebens zu erfüllen. Es war ihnen aber bei der Bereubung ihrer Heimat in der großen Kampfgemeinschaft aus Leben und Tod an der Front ein früheres Ende gescheh.

Zur Erinnerung, die wir vieles, das zum Wessensschicksal geworden ist, leicht vergeren, soll uns immer wieder auf dies große Erden besinnen. Die Toten des Weltkrieges dürfen nicht vergessen sein, ihr Andenken muß lebendig erhalten werden. Sie haben, damit durch ihr Opfer die Vermeidung von anderen ferngehalten werden ist, das größte Opfer gebracht, ein Opfer, das gebietet, in all' unserem Bestreben nach einer besseren Ordnung, nach Gerechtigkeit und Frieden zu streben.

Wie ist's doch um den Krieg? „Wie ein Alcholder bleibt der Krieg und das zerstückte Sankt liegen und um des Jahres Ernte ist's geschehen“, sagt Schiller.

Das es nicht unser Volk, jeder einzelne und die Gesamtheit hart ertragen müssen, daß es so ist? Sagen wir nicht Generationen hinaus schon an der Zeit des Krieges?

Die Wirtschaft der ganzen Welt ist durch die Folgen des Krieges und durch den Mangel zur gegenseitigen Pflichterfüllung im weitesten Maße ihrer Aufgabe, der Wohlfahrt der Menschheit zu dienen, entriekt. Die Generationen, die dem Krieg erliegen darf nicht ein dauerndes Gegenüber der Völker sein. Die Toten mahnen, aus den Schwersten Pflichten zu machen, jedem Volke das unüberbrückliche Recht zu gewährleisten, in Freiheit und Gleichberechtigung unter den anderen Völkern zu leben, um so zu einem höherem Menschentum zu kommen.

Das Andenken der Kriegstoten darf nicht durch dauerndes unruhiges Leben oder Mühsal und Aufreißung geschnitten werden. Inseer Kameraden haben alle in dem Glanzen, dem Frieden zu dienen. Sie mahnen die Menschheit und alle Staatsmänner der Welt, die Grundlag für die Sicherheit eines jeden Landes und für den allgemeinen Frieden an dem Boden gleichem Rechts, der Achtung vor der einzelnen Nation und des Bestehens aller Völker zu stiften.

Das Vermächtnis der Toten muß uns Gebot zu gutem Tun sein. Erfüllen wir dieses Gebot, so werden wir das Andenken unserer gefallenen Kameraden am besten ehren. Wir werden für die allgemeine Wohlfahrt!

Der Rest sind Alten...

Der umfangreiche Stuttgarter § 218-Bericht wird vorausichtlich nicht stattfinden. Die Anfrage ist fertig — sie umfaßt mehr als 100 Fälle —, außerdem sind zahlreiche Sachverhaltsangaben eingeholt —, aber die Hauptangeklagte, Frau Dr. Riene, ist schon vor etwa Jahresfrist ins Ausland gereist und hat, entgegen ihrer Zusicherung, dem Bericht keine näheren Angaben über ihren Aufenthalt gemacht. Man weiß nur, daß sich Frau Dr. Riene nach ihrer Ehescheidung in einem französischen Seebad mit einem Amerikaner verlobt und sich dann mit ihm in England verheiratet hat. Näheres weißt sie bereits nach Amerika übergeben. Ob unter den gegebenen Umständen das Verfahren gegen den Witwenschaft bzw. Beihilfe beschuldigten Stuttgarter Vrg. Dr. Friedrich Wolff durchgeführt wird, ist gleichfalls fraglich.

Spionage-Strafen

Der erste Strafentscheid des Kammergerichts Berlin beurteilt den Bandit Sulek aus Kramlog wegen des vollendeten Verbrechens des Betrags militärischer Geheimnisse zu acht Jahren Zuchthaus, den Posthelfer Georg Bornert aus Guben wegen des gleichen Verbrechens zu zehn Jahren Zuchthaus. Der Bandit Situcinski aus Kramlog bekam wegen des verübten Betrags militärischer Geheimnisse drei Jahre Zuchthaus, der Flietger Sulek aus Berlin zwei Jahre Gefängnis. Ein Reichswehrprozeß wurde mit vier Jahren und ein Bürgerkriegsverbrecher wurde mit drei Jahren Gefängnis bestraft, weil sie zu einem französischen Spionagenetz (ambosserräterische Beziehungen) angeknüpft hatten.

Wescheffälcher

In Berlin wurden drei Personen namens Wiff, Bogesang und Dauer festgenommen, die durch umfangreiche Wescheffälcher und Vertragsfälschungen eine Anzahl Berliner Geschäftsteile um rund 30 000 Mark geschädigt haben.



Den Brotkorb höher hängen

Der Brotkorb ist den meisten Menschen heute höher gehängt. So sagt man, und doch bedeutet dieses Höherhängen des Brotkorbes heute etwas ganz anderes als einst. In so vielen Fällen ist das Brot heute einfach nicht zur Verfügung vorhanden. Aber früher, in der Zeit, da es noch Brotkörbe gab, stand das Brot wenigstens reichlich zur Verfügung.

Man glaubt man, diese Lebensart beruhe auf einem Vergleich mit der Futtertröge der Pferde, aber das Wort ist ganz alt und damals entstanden, als unsere Vorfahren das Brot noch offen in Körben an der Wand aufbewahrten.

Es wurde einst verworfen gewesen, das Brot einzuschleichen. So fittich dachte man damals über die Pflicht zu Menschen, daß man auch das Brot in diese Ethik einbezogen hat. Es wäre eine sittliche Missetat gewesen, einem Menschen das Brot vorzunehmen.

So lag es in einem Korbe, und der Korb hing in der Küche an der Wand. Da konnte sich jeder nehmen, soviel und so oft er wollte. Weil hungern eben nicht sein durfte. Nicht nur Mann und Frau und den Kindern, auch den Diensthofen, den Handwerksgehilfen, allen stand dieser Brotkorb in gleicher Weise zur Verfügung, daß nur niemand je ein Gefühl des Hungers bekam.

Doch hin und wieder, vielleicht zur Strafe bei Verwerflichkeit, dann wurde der Korb als symbolischer Akt höher gehängt. Dann war es schmerzlicher, etwas aus ihm zu nehmen. Aber er enthielt auch dann noch genug für alle. Weil Nahrung nach dem sittlichen Begriff jener Zeit eine Selbstverständlichkeit war und es als sittliche Pflicht galt, daß niemand ohne Nahrung sein durfte.

Späte Einsicht

NSD.-Mitglied Quack jetzt aus der SPD. ausgeschlossen.

Unter der Überschrift: „Wir trennen uns von einem Schwindler“ bringt der „Krafftmarkt“ eine Mitteilung, daß der am Dienstag, dem 20. November, in Halle verurteilte frühere Landesleiter der NSD. wegen arbeitserkennender und parteihostilen Verhaltens aus der SPD. ausgeschlossen worden ist. Quack habe es geschafft, während seiner Verbannung, seine Verbannung durch ein bürgerliches Ansehen der Partei gegenüber zu verbergen.

Diese Behauptung ist ein aufgefälschter Schwundel, denn das, was sich Quack feiernd gelistet hat, trifft seit Jahr und Tag in Westfalen die Spaten von der Erde. Aber Quack war einer, der sich nach seinen Ausscheiden aus der Sozialdemokratischen Partei in der üblichen Weise gegen seine früheren Parteigenossen wandte. In dieser Hinsicht als Hepprediger und Vorkämpfer war er den Kommunisten so willkommen, daß man ihm in der NSD. eine verantwortliche Funktion schenkte und ihn zum Führer machte. Ähnlich liegt die Sache mit der altemerikanischen Erwerbungs, die die SPD. mit Herrn Reichold schloß. Auch dieser rechte Stern am Roten Himmel hat es verstanden, einen erwerbslosen Arbeitergenossen um 250 M. leichter zu machen, obwohl er genau wußte, daß er wohl kaum in die Lage kommen wird, ihm das gebotene Geld wiederzugeben. Wir meinen den Fall besonders deswegen hier, damit die kommunistische Parteiloyalität nicht wieder laienhaft, sie habe nicht bewußt, wenn sie da mit offenen Armen aufgenommen hat, und wenn sie als Freischreiber an SPD.-Mitglieder mitbringt.

Es bleibt also schon dabei, daß man nur anderweitig etwas auszusprechen zu haben braucht, um in der SPD. sofort eine Rolle zu spielen, wenn man mit Partein und Trompeten zu ihr übertritt. Wird diese Laune nicht mandem tonmühsamen Arbeiter zu denken?

Selbstverwaltung mit dem Zwickel

Ursachen und Folgen der Kommisarwirtschaft bei der NS. Halle

Fast ein ganzes Jahr schon ist der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle von jeder Mitwirkung an der Leitung der Krankenkasse durch Beschluß des Versicherungsausschusses ausgeschlossen. Selbstherrlich regiert dort, wie der Herrscher aller Reußen, der Magistrats-Oberrichter Somuth, beeinflusst und in allen seinen Maßnahmen gedeckt durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Versicherungsausschusses der Stadt Halle, Herrn Geheimrat Finger. Unter dessen bleibt die soziale Fürsorge auf das Allernotwendigste beschränkt und selbst die Leistungsmöglichkeiten, soweit sie durch die stark einkommenden Beschränkten der Anwerdungen noch statthaft sind, bleiben außer Anwendung. Erholungsfürsorge findet ebensowenig Berücksichtigung, wie irgendwelche vorbeugende Gesundheitsfürsorge. Es ist daher kein Wunder, wenn

Ein Versuch, der kaum der Wahrheit nahe kommt und nicht dazu angetan ist, Klarheit zu schaffen. Neben dem schlechten Deutsch, in dem der Deutschnationale Zwanzig dieses Sammeljurium von persönlichen Erlebnissen neben falsch angewandten Angriffen gegen das Versicherungsausschuss und den Kommissar geschrieben hat, merkt man allzu sehr seinen Wunschk, sich persönlich zu rechtfertigen und seinen Ehrgeiz, noch eine Rolle in der Öffentlichkeit zu spielen. Dabei hat doch gerade Herr Zwanzig recht wenig Ursache, sich über den ihm politisch nahestehenden Geheimrat zu beschweren. Denn schon vor reichlich zwei Jahren hat der Vorstand mit übergroßer Mehrheit den Antrag an das Versicherungsausschuss gestellt, den Herrn Zwanzig wegen der üblen Morphemaffäre eines Amtes zu entheben, ohne daß bis auf den heutigen Tag Herr Geheimrat Finger es fertig gebracht hätte, über diesen Antrag des Vorstandes zu entscheiden, noch weniger von sich aus damals sofort einzugreifen, wie es notwendig gewesen wäre. Auch sonst konnte sich Herr Zwanzig über wenig Rücksichtnahme durch die Aufsichtsbehörde wirklich nicht beklagen. Und so find wir auch heute noch der Meinung, daß

die Ausschaltung der Selbstverwaltung diktiert ist von allzu viel Rücksichtnahme auf Herrn Zwanzig und seine Ehre als Kassenvorstand.

Dieses Ergüßel des Herrn Zwanzig verhindert es auch, daß er die allein mögliche Konsequenz zieht und im Interesse der Versicherten und der Wiederherstellung der Selbstverwaltung seine unhaltbare Position als Kassenvorstand niederlegt und in Zukunft auf den nach seiner Meinung so reichlich verdienten Vorbeeren austrinkt. Er täte damit der Krankenkasse einen viel besseren Dienst, als jolch schlechte Rechtfertigungsversuche in Form von Proklamationen zu schreiben, aus denen kein Mensch Juch wird.

Sicherlich sind diese ganzen unerquicklichen Verhältnisse zum Schaden der Versicherten eine bittere Ehre für die hallische Arbeitererschaft, bei den nächsten Wahlen zur Sozialversicherung einem solchen Zwischenfall von Mißwirtschaft und Unfähigkeit, wie es in der NS. Halle in der Frau Pfeiffer bis zu Zwanzig vorbereitet war, für immer ein Ende zu bereiten.

30 Fre quartiere gesucht

Die SW. hält kommenden Sonntag und Sonntag, den 26. und 27. November, einen Bezirksfunktionärkursus in Halle ab. Wer sich bereit, einen Tagelohn für sich abzugeben zu lassen? Meldungen erbiten wir umgehend an das Bezirksamt, Herr 2244, Pflanzens 11. Die Bezirksleitung der SW. J. A. von Schulz.

Erwerbslosenausflug der SPD.

Morgen, Dienstag, nachmittags 3 Uhr im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses Zusammenkunft.

Die Winterteife

hat an die ihr angehörende Arbeiterbewegung Arbeit zu betreiben, die in den nächsten Tagen zur Beteiligung kommen. Auch ein beschränktes Quantum Kohlen wird auszugeben, doch langen diese leider nicht zu, alle Vorgesetzten zu bedenken. Am 3. und 4. Dezember findet die Straßenversammlung statt. Auch von dieser Veranstaltung erhält die Arbeiterbewegung den ihr zugehörigen Teil. Für den Sammeltag werden jedoch noch dringend Genossinnen und Genossen nicht unter 18 Jahren gebeten, die sich an dieser Arbeit beteiligen. Besonders die jüngeren Genossinnen und Genossen werden ermahnt, sich dieserhalb beim Vorsitzenden der Arbeiterbewegung, Hr. Wartenitz, 6. zu melden.

Lohnkonflikt bei den Drahtwebern

Schiedspruch von 90 Prozent der Organisierten abgelehnt. Der Schlichtungsausschuss Halle fällt im Tarifstreit des hallischen Drahtwebergewerbes einen Schiedspruch, mit dem der alte Lohnsatz wieder in Kraft gesetzt wird. Während der prozentuale Anteil bei 10 Prozent bleibt, wird der feste Schiedsanteil um 50 Igr.

Den Vater erschlagen

Das Schwurgericht tagt wieder.

In dieser Woche geht die achte diesjährige Schwurgerichtstagung unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Hummer vor sich. Die Verhandlung wegen der Ermordung des „Schelmer“, die ein Todesurteil forderte, war schon einmal angelegt und wird diesmal am Dienstag wohl zu Ende geführt werden. Zwei Tage später steht vor dem Schwurtribunal der hallische Kommunist Josef Zimmermann, von Beruf Fernschreiber. Er ist angeklagt, am 5. Juli abends dem SA-Mann Selmut Waltra, der von einer Regimentskommission durchs Landabteilern, mal niedergeschlagen, getötet und an der Schwärzen Brücke in die Halle geworfen zu haben. Wegen dieser Tat sind sechs seiner Parteigenossen für schuldig an der Ermordung des Waltra bestimmt worden. Es scheint also, daß man Zimmermann als den Haupttäter ansieht. Am Freitag soll sich der Arbeiter Fritz Richter aus Schraplau veranmelden, der am 21. August dieses Jahres seinen Vater im Verlauf eines Streites mit einem Solghamer erschlug. Die Anklage lautet auf absichtlichen Totschlag. Außerdem kommen während der Schwurgerichtstagung drei Weineidfälle zur Verhandlung. Beginn ist immer 9 Uhr.

„Für Wahrheit und Klarheit.“



Des Tabaks wegen

raucht man Zigaretten. Das haben manche Raucher vergessen, die ihr Augenmerk nur auf äußere Ausstattung richten. Kenner aber, wie die Millionen Bulgaria-Raucher, wissen den Wert der weltberühmten bulgarischen Tabake zu schätzen.

BULGARIA SPORT, die 3/3 der Bulgaria

6 Zigaretten 20 Pfg. mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe

Das ganze Wirtschaftssystem muß umgebaut werden!

Papen-Bilanz

Von Fritz Naphthali

Das Kabinett der Freiberger und Barone ist zurückgetreten. Da damit das System der „autoritären“ Baronsregierung schon kein Ende gefunden hat, bleibt abzuwarten. Sein Ende, wenn man sich darüber im Klaren ist, daß es auf die Mehrheit vom System und nicht auf die Zustimmung einiger Personen ankommt, besteht darin, eine Bilanz der wirtschaftspolitischen Leistungen der Papen-Regierung zu ziehen. Diese Bilanz entspricht insofern dem Bild zahlreicher privatwirtschaftlicher Bilanzen in dieser Krisenzeit, als sie mit einem erheblichen Passivsaldo abschließt.

Die Regierung Papen hat bei ihrem Eintritt den Kampf gegen den Wohlhabensstaat proklamiert und man muß anerkennen, daß sie mit dieser Parole durch den Ausbau der Arbeitslosenversicherung und durch die Kürzung der Renten der Kriegs- und Arbeitsunfähigen Ernst gemacht hat.

Die Regierung Papen hat bei ihrem Eintritt das Ende der Deflationsspolitik verkündet und sie hat es offenbar mit dieser Parole für vereinbar gehalten, nicht nur die Einkommen der Unterhaltungsempfänger herabzubringen, sondern auch eine Reihe von neuen staatlichen Maßnahmen zur Fortführung des Lohnbruchs zu ergreifen, so daß das proklamierte Ende der Deflationsspolitik in einer verhängnisvollen Sentenz des Malfeinommens zum Ausdruck gekommen ist.

Die Regierung Papen hat bei Beginn ihrer großen „kapitalistischen“ Offensive den Anschluß der deutschen Wirtschaftsbemegung an die weltwirtschaftliche Erholung proklamiert und sie hat eine Politik betrieben, die die Absicherung der deutschen Wirtschaft vor den Auswirkungen des Auslandsmarktes auf vielen Gebieten verschärft hat. Gerade in dem Augenblick, in dem diese Bilanz zu ziehen ist, stellt ein für die deutsche verarbeitende Industrie so wichtiger Zweig wie der Maschinenbau fest, daß auf Grund der derzeitigen deutschen Handelspolitik die Beschäftigung für das Ausland im Maschinenbau härter sinkt als die inländische Beschäftigung wächst. Aus der Gegenläufigkeit von steigenden Anfragen und sinkenden Bestellungen der Auslandslieferanten ergibt sich, daß die Ausnutzung der günstigen Absatzmöglichkeiten für Deutschland, insbesondere durch die Konjunkturerwartungen vermindert wird. Das ist der Anlaß an die Besserung der Weltmarktlage in der Praxis!

An der Zeit ist das Kapitel der Konjunkturerwartungen für die deutsche Lebensmittellieferung die wirtschaftliche Meisterleistung der Freiherrenregierung gewesen. Hier hat man es fertig bekommen, um dem Drängen agrarischer Interessententeile nachzugeben, eine handelspolitische Absperrenschrift anzuknüpfen, die man zwar gar nicht durchführen konnte, die deshalb auch nicht einmal einem engen Interessententeile Nutzen bringen konnte, die aber schon allein durch ihre Antündigung und die fruchtlose europäische Rundreise der „Loman-Kommission“ für die deutschen Exportmöglichkeiten und damit für die Beschaffung deutscher Industriearbeit einen ganzen Haufen von Porzellanzerstörern hat.

Während man also die Behebung von industriellen Arbeitsmöglichkeiten durch handelspolitischen Umgang verhindert, ludte man auf der anderen Seite durch die großzügige Herausgabe der Steuererlässe an die Unternehmer und durch die Gewährung von Einstellungsprämien mit weiteren Steuererlässen die große Anwerbungsaktion durchzuführen. Das bisherige Ergebnis war mäßig. Auf Grund einer Statistik, die durch die verhängnisvolle Ausweitung der Arbeitslosen unterhaltungsstellen die Zahl der Arbeitslosen herabdrückte, konnte man als bisheriges Gesamtergebnis die Verminderung um einige Zehntausend Arbeitslose von dem Seiner der 6 Millionen verkünden. Selbst wenn ein Teil dieser Besserung nicht nur statistisch, sondern echt ist, bedeutet das herzlich wenig. Es ist auch ein schwacher Trost, wenn man den günstigen Verlauf der letzten Monate des Jahres 1932 dem gleichen Monaten des Jahres 1931 gegenüberstellt, die Monate der ausgeprochenen Arbeitslosigkeit nach dem Bankrott im Juli 1931 gemessen sind. Bedenkt man, daß die mühselig erreichten Anwerbsleistungserfolge auf der anderen Seite erlauft sind durch eine gewaltige Verbesse rung der öffentlichen Finanzen durch die Steuererlässe in den kommenden Jahren, bedenkt man weiter, daß die Papen-Regierung selbst mit einer scheinbar zu bescheidenen Schätzung das Defizit des Reichs für das laufende Haushaltsjahr füglich auf 800 Millionen veranschlagte, mußte, so wird man nur feststellen können, daß die Wirtschaftspolitik der Freiherrenregierung genau so zu einem Fiasko geführt hat wie ihre allgemeine „autoritäre“ Politik.

Fortschritte, Fortschritte von beachtlichem Umfang hat die Papen-Regierung nur auf einem wirtschaftspolitischen Gebiet erzielt, nämlich in der Erhöhung der Subventionen, die einzelnen Interessentengruppen aus dem großen Verteilungsplan des Reichs gewährt werden sind. Es ist kaum nötig, festzustellen, daß hier an der Spitze entsprechend den hinterlistigen Beziehungen

wiederum die Summen stehen, die der Erhaltung des Reiches der Großagrare dienen.

Geldente für die Unternehmer, Lohnbrüche für die Arbeiter, Subventionen für die Großindustriellen, die am lautesten schreien, und Rentenerhöhungen für die Vermittler der Kräfte, das sind Handelspolitik, die, von nebstehenden Kuratortestsstellungen befreit, der Landwirtschaft nicht

nützt, aber der Exportindustrie die Märkte verbirbt. So sieht die Politik einer Regierung aus, die ihr Mandat nicht vom Volke, sondern aus „höheren Sphären“ empfängt. Nach diesem Verlaufsplan kann die Entierung nicht durch die Ausweitung des einen oder anderen Staatsmittels erfolgen, sondern vielmehr nur durch eine Generaldeklaration von dieser Wirtschaftspolitik der Junker und Barone.

Regierungsrat Hitler

Seine „Verdienste“ um Braunschweig

Eigener Bericht

Braunschweig, 20. November.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Thielemann hatte kürzlich an die braunschweigische Staatsministerien folgende kleine Anfrage gerichtet.

„Seit dem 25. Februar 1932 ist der Parteiführer Adolf Hitler aus Münden braunschweigischer Staatsbeamter. Als seine Einstellung in den braunschweigischen Staatsdienst und seine Ueberweisung an die braunschweigische Grenzpolizei in Berlin beschlossen wurde, bestimmte das Staatsministerium, daß Regierungsrat Hitler besonders für die braunschweigische Wirtschaft tätig sein solle. Ich frage das Staatsministerium, welche Aufträge hat Regierungsrat Hitler bisher der braunschweigischen Wirtschaft zuführen können und welche Arbeiten hat er bisher überbaupt für den Staat Braunschweig geleistet?“

Finanzminister Reichthal hat darauf folgende Antwort gegeben: „Der Regierungsrat Hitler hat dem Herrn braunschweigischen Minister des Innern (Klagges) nach dessen Mitteilung als Sonderberater in wirtschaftlichen Fragen, insbesondere in der Frage der Erhaltung des Untertager Erzbergbaus, wertvolle Dienste geleistet. Der Untertager Erzbergbau ist lediglich erhalten geblieben, weil Frauenen und die Freuberg für seine Erhaltung einsetzten und Zuschüsse gewährten. Der Staat Braunschweig hätte Zuschüsse abgelehnt. Klagges möchte lediglich einen Vorstoß, ausstän diges eingeführtes Erz durch deutsches Erz zu ersetzen. Ueber diesen Vermögenszug wandten auch die Freuberg. Diebstahl stammt dieser Vorstoß von dem Regierungsrat Hitler.“

Erfrören

In der Nähe von Osterburg (Altmark) wurde der Leichnam eines etwa 50jährigen Mannes gefunden. Nach ärztlicher Feststellung ist der Tote ein Opfer der Kälte.

Zusammengebrochener Nazi- und K.O.-Streit

Der von der NSD und K.O.D. geführte Streit bei den Reichstagswahlen in Berlin, der etwa 4 Wochen gedauert hat, ist nunmehr abgeloht worden. Da die Aufträge für das Filmmittel inzwischen noch mehr zurückgegangen sind, hat sich die Direktion entschlossen, neben der Einführung der 40-Stunden-Woche noch 130 Arbeitsnehmer zu entlassen.

Die Nazi-KO-Streitfront hat also wieder einmal einen „vollen“ Erfolg erzielt.

Neues Bücherkreis-Buch

Berta Selinger: „Herg in Flammen“. Frauenroman. 216 Seiten. Ganzleinen. In Buchhülle. Buchausstattung von Jan Felschold. Verlag: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin S.W. 61. 1932. Preis 4,30 Mark (resp. österr. Sch. 8,50, holländ. R. 35,-).

Der Roman ist ein Dauerhit durch ein Frauenleben mit all seinem Leid und allen Freuden. Es kam aber der Verfasserin gar nicht darauf an, ein privates Frauenleben so vor auszubreiten und mit allem physiologischen Raffinement ihre leibliche Entwidlung oder Lieblichkeit darzustellen. Vielmehr ist die „Heldin“ Boyena, die vor dem Kriege aus Deutschland nach Deutschland kommt und dann in der sozialdemokratischen Frauenbewegung eine bedeutende Rolle spielt, nur der Spiegel, in dem Kampf und Aufstieg der Arbeiterklasse in der ganzen Welt aufgefangen werden. Das geschieht nur nicht etwa im engen parteipolitischen Sinne, vielmehr macht die Berte der Schau dem Roman von Berta Selinger gerade auch für den Leser aus dem Bürgertum zu einer sehr interessanten, ja notwendigen Lektüre.

Als Motto könnte über dem Roman ein Satz stehen, der irgendwo in einer Diskussion in ihm fällt: „Reine Arbeiterpartei in der ganzen Welt, die nicht, so oder so, mit dem deutschen Gute geht, die deutsche Arbeiterpartei ist Hirn und offene Hand der Internationalen.“ Er verliert, den Arbeiterkampf zu umfassen in den Jahrzehnten des Vorkrieges, des Krieges, das erste Aufsteigen, den ersten leichten Sieg und dann den Kampf zum Zurückweichen unter dem Druck härterer Mächte. Buntgewoben aus Jerusalem und brennendem Leid, Jubel, Berrat und herrlicher Solidarität ist dieser Kampf, der im Blick grau, verworren und fesselnd erscheint. Von hier aus spannt sich der Bogen hinüber bis zu der großen Welt der Weltkrieges, in dessen Blut die Zweite Internationale zerbrach. Arbeiter, Arbeiterintellektuelle, Deutsche, Russen, Engländer, Franzosen, der sozialistischen Obere verbunden bis in die tiefsten Abgründe hinab, treten vor dem Leser. Und das gibt der Autorin die zuverlässigste Hoffnung und Gewißheit, in der das Buch aller Ansehens zu Zertreffen der Gegenwart und Trostes ist: Diese Welt wird doch eines Tages unter moderner Welt leben können, nicht von Selbsthätigkeit erfüllten Frauenromanen, legt ihn eueren Frauen auf dem Weltmarkt!

„Prominenter Erneuerer“

Riefenbetrug in der Nazi-Reichstagsfraktion

Der Geschäftsführer des Sekretariats der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion Franz Wille hat die Kasse des Sekretariats um 36000 Mark erleichtert.

Die Unterschlagung dieses Betrages war der nationalsozialistischen Parteileitung zwar schon vor der Reichstagswahl bekannt geworden, aber sie hatte damals kein Interesse daran, diesen Fall an die Öffentlichkeit kommen zu lassen. Die Nationalsozialisten bestreiten den größten Teil ihrer Agitation mit Behauptungen über Korruption in anderen Parteien. Aber über die vielen Korruptionsfälle in der eigenen Partei wird der Mantel des Schweigens gebreitet. Als man die Unterschlagungen des Herrn Wille entdeckt hatte, sollte er sich vor dem „Milde“, dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Nationalsozialistischen Partei verantworten. Zu

diesem Zweck „verleigte“ man ihn nach Münden. Herr Wille fuhr jedoch nicht nach dem Braunschweig, sondern begab sich mit Frau und Kind auf Reisen. Am 10. November teilte dann das Berliner Regierungskanzlei in verdeckter Weise und in allerleinsten Schrift mit, daß Wille angeblich schon am 25. Oktober aus der NSDAP ausgeschlossen worden sei. Es war ursprünglich beabsichtigt, daß Herr Dr. ... Fried, der Führer der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übergeben und die Verhaftung Willes veranlassen sollte. Das hat man aber unterlassen, denn die Welt hätte dann die peinliche Frage stellen können, wie es möglich gewesen sei, daß unter der Oberaufsicht des Herrn Dr. Fried, Goebbels und Brüning ein „Aufbacher“ die Fraktionskasse um einen so hohen Betrag prellen konnte.

Endgültiges Wahlergebnis

Ein Zentrumsabgeordneter mehr

Der Reichswahlprüfungsausschuß hielt am Sonnabend eine öffentliche Sitzung zur Feststellung des amtlichen Endergebnisses der Reichstagswahl vom 6. November ab. An der Mandatszahl ist insofern noch eine Veränderung eingetreten, als das Zentrum noch einen weiteren Sitz zugebilligt erhielt. Die Zentrumsfraktion im neuen Reichstag wird damit 74 Abgeordnete umfassen. Die Gesamtzahl der Reichstagsabgeordneten erhöht sich auf 584.

Nach dem endgültigen amtlichen Ergebnis verteilen sich die 584 Reichstagsabgeordneten wie folgt auf die einzelnen Fraktionen: Nationalsozialisten 196, Sozialdemokraten 121, Kommunisten 100, Zentrum 74, Deutschnationale 51, Deutsche Volkspartei 11, Thüringer Landbund 1, Bayerische Volkspartei 20, Wirtschaftspartei 1, Staatspartei 2, Christlichsozialer Volksdienst 5, Deutsch-Hannoverscher 1, Deutsche Bauernpartei 2, Landvolk 1 und Württembergische Bauern und Weingärtner 2.

Vorsitzpräsident des neuen Reichstags wird der nationalsozialistische Abgeordnete General Bismann.

Straßenbahnunglück bei Meß

Eigener Bericht

Paris, 20. November.

An Hängen bei Meß geriet ein mit Arbeitern vollbesetzter Straßenbahnwagen infolge Verlangens der Bremsen auf einer abschüssigen Straße in große Geschwindigkeit und entgleiste in einer Kurve. Der Wagen fuhr gegen einen betonierten Mast der Starkstromleitung und wurde völlig zerstört. Ein Arbeiter wurde getötet, etwa 30 wurden zum Teil schwer verletzt. Einer der Verletzten ist inzwischen im Krankenhaus gestorben.

Widerlichkeiten um Heines

Stank aus Braunen Schulern

Eigener Bericht

Breslau, 20. November.

Der Sequalstumpf der Braunen Häuser bukt jetzt auch in Schlesien. Diesmal steht der vor einigen Tagen wegen Teilnahme an einem Bombenattentat verurteilte Reichstagsabgeordnete Heines im Brennpunkt widerlicher Affären.

In einer weitverbreiteten politischen Brochüre hatte der schlesische Stahlhelmhauptmann Sydow behauptet: Heines und sein Freund, der Nazi-Reichstagsführer Koch, hätten sich in Röhmscher Art an E.A. Untergerbenen des Nazi-Parteilagers in Rothengrund (Riefenberge) vergangen. Heines und Koch ermittelten die übliche „einseitige Verfassung“ gegen die Weiterverbreitung der Brochüre, und vor dem Landgericht in Hirschberg hatte am Freitag der heftige Stahlhelmführer Gelegenheit, für seine Behauptungen den Nachweis zu erbringen. Zu diesem Zweck legte der Reichstagsabgeordnete Sydow dem Gericht mehrere

eidesstattliche Versicherungen vor, daß Heines im Jahre 1927 wegen seiner geschäftlichen Umtriebe aus der Nazi-Partei ausgeschlossen war. Eine dieser Eidesversicherungen stammt von Lundenborff. Ein persönlich anwesender Zeuge, der frühere Inhaber einer E.A.-Sperrkarte, bestätigte die Behauptungen Sydows. Heines verweigerte wieder in seiner bekannten Manier aufzutreten und die Richter einzuschüchtern, aber die eidesstattlichen Versicherungen und Zeugenausagen waren nicht zweifelhaft.

Das Gericht wird sein Urteil am 2. Dezember verkünden. Borewit soll das Ergebnis eines Strafverfahrens abgewartet werden, das der Staatsanwalt gegen Heines wegen gleichzeitiger Vergehen eingeleitet hat.

Dressfreiheit und Nazischimpföld

Eigener Bericht

Paris, 20. November.

Wie der „Populaire“ mitteilt, ist in Paris das Gerücht verbreitet, daß die Regierung im Begriff sei, gegen den Pariser Vertreter des Offener Naziorgans und früheren Korrespondenten des „Völkischen Beobachters“, Dr. Körber, einen Ausweisungsbefehl zu erlassen, da mehrere seiner Meldungen an hohen Stellen Mißfallen erregt hätten. Der „Populaire“ protestiert gegen diese Maßnahme, betont aber ausdrücklich, daß er damit nicht etwa Partei für die Nazis ergreifen, sondern nur die Pressefreiheit verteidigen wolle. Wenn man diese Freiheit, so schreibt das Blatt, ließe das, sich ihren Ansichten anfeinden und ihre Methoden annehmen.

Panzerplatten-Glas



Fünf Personen hält dieser schmale Streifen einer neuen Glasart aus, deren Herstellung jetzt nach jahrelangen Ver suchen gelang. Das „Panzerplatten-Glas“ bricht angeblich selbst unter schwerem Druck nicht, sondern biegt sich elastisch nicht anders als Stahl.

